

Verantwortliche Stelle für die Datenverarbeitung

Standesamt Frankfurt am Main
Postfach
60275 Frankfurt am Main
E-Mail: datenschutz.amt34@stadt-frankfurt.de

Behördlicher Datenschutzbeauftragter

Stadt Frankfurt am Main
Referat Datenschutz und IT-Sicherheit (11B)
Sandgasse 6
60311 Frankfurt am Main
E-Mail: datenschutz@stadt-frankfurt.de

Zwecke der Datenverarbeitung

- Personenstandsrechtliche Beurkundungen

Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Artikel 6 Abs. 1 lit. e EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU DS-GVO) in Verbindung mit den Vorschriften des Personenstandsgesetzes (PStG).

Folgen bei Nichtbereitstellung der Daten durch die betroffene Person

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist gesetzlich vorgeschrieben oder die betroffene Person ist verpflichtet, die personenbezogenen Daten bereitzustellen. Im Falle einer Nichtbereitstellung der Daten kann entweder keine Beurkundung stattfinden oder es muss eine Beurkundung von Amts wegen vorgenommen werden, die nur durch ein gerichtliches Verfahren geändert werden kann.

Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden

Nach den Vorschriften des PStG wurde bis zum 31.10.2022 auf Wunsch der betroffenen Person die Religionszugehörigkeit erhoben. Die Religionszugehörigkeit muss zum Teil erhoben werden, um eine rechtliche Beurteilung des Sachverhalts vornehmen zu können. Gesundheitsdaten werden, sofern dies zur Sachbearbeitung rechtlich erforderlich ist, erhoben.

Daten, die nicht bei der betroffenen Person erhoben werden

Ausländerrechtliche Daten werden bei der Ausländerbehörde erhoben, sofern das zur Sachbearbeitung rechtlich erforderlich ist.

Empfänger der personenbezogenen Daten

- Standesämter und Registrierungsbehörden
- Meldebehörden
- Finanzämter
- Justizbehörden
- Diplomatische Vertretungen
- Ausländerbehörden
- Jugendämter
- Zentrales Testamentsregister

Geplante Datenübermittlung in ein Drittland

Standesämter und Registrierungsbehörden außerhalb der Europäischen Union sind im Rahmen bestehender internationaler Vereinbarungen über personenstandsrechtliche Sachverhalte zu informieren.

Speicherdauer der Daten

Personenstandsrechtliche Daten werden für die Dauer von 30, 80 oder 110 Jahren in der Zuständigkeit des Standesamtes gespeichert.

Informationen zu Betroffenenrechten

Auf Ihre Rechte zu Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Datenübertragbarkeit und Widerspruch bezüglich aller Ihrer verarbeiteten personenbezogenen Daten weisen wir Sie an dieser Stelle ausdrücklich hin. Rechtsgrundlagen hierfür sind die Art. 15 bis 21 EU DS-GVO.

Beruhet die Verarbeitung personenbezogener Daten auf Ihrer Einwilligung, können Sie diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

Sie haben das Recht, Beschwerden beim Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit zu erheben. Postanschrift: Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Postfach 3163, 65021 Wiesbaden, Telefon: 0611 / 1408-0 oder E-Mail: poststelle@datenschutz.hessen.de